

Städtische Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sitzung am 17. April 2018			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 16.25 Uhr	Sitzungsende: 18:00 Uhr	Sitzungsort: Saal des Consul-Hackfeld- Hauses, Birkenstraße 34

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme der Protokolle der letzten Sitzungen	
TOP 3:	Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen Anhörung des Kursleiterrats der Bremer Volkshochschule und der Sprechergruppe der Honorarkräfte der Musikschule Bremen	Vorlage 124
TOP 4	Verschiedenes	

Die Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Deputation für Kultur genehmigt die Tagesordnung.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Herr Pirooznia merkt an, dass er eine Ergänzung zum Protokoll vom 19. Dezember 2017 schriftlich bei der Verwaltung eingereicht habe; diese sei dem Protokoll bitte noch anzufügen. Frau Wargalla merkt an, sie habe in der Sitzung am 13. Februar 2018 im Zusammenhang mit der Diskussion zur Breminale gesagt, dass sie sich als Frau nicht ernst genommen fühle. Dieser Passus fehle jedoch im vorliegenden Protokoll zu der Sitzung. Sie bittet um Aufnahme ins Protokoll.

Ansonsten stimmen die Deputierten den Protokollen vom 19. Dezember 2017, vom 13. Februar 2018 und vom 6. März 2018 in der vorliegenden Form zu.

TOP 3: Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen, Anhörung des Kursleiterrats der Bremer Volkshochschule und der Sprechergruppe der Honorarkräfte der Musikschule Bremen

Frau Strunge begrüßt den Sprecher des Kursleiterrates der Bremer Volkshochschule, Herrn Kuckero, die Leiterin der Volkshochschule, Frau Dr. Schoefer, Herrn Suhlrie

von der Sprechergruppe der Honorarkräfte der Musikschule sowie den Leiter der Musikschule Bremen, Herrn Lemke.

Bürgermeister Dr. Sieling führt in das Thema ein und betont, dass aus seiner Sicht konkreter Handlungsbedarf im Bereich der Honorarkräfte bestehe und dieser auch angegangen werden solle. Generell sei die Situation der Honorarkräfte bundesweit nicht befriedigend, Bremen stelle hier keine Ausnahme dar. Bürgermeister Dr. Sieling verweist auf ein Gespräch am 15. Januar 2018 mit dem Kursleiterrat der Volkshochschule sowie der Sprechergruppe der Musikschule, in dem Handlungsmöglichkeiten ausgelotet worden seien. Im Ergebnis habe man sich auf den richtigen Weg gemacht, auch wenn die Vorstellungen der Betroffenen nicht vollumfänglich erfüllt werden könnten.

So soll die Musikschule nicht mehr als Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, sondern als nachgeordnete Dienststelle des Senators für Kultur weitergeführt werden. Die Umwandlung soll im Jahr 2019 erfolgen. Dies entspreche auch dem Wunsch der Sprechergruppe. Gleichzeitig reduziere sich auf diese Weise der administrative Aufwand, und diese Spielräume wolle man nutzen. Zudem eröffne sich durch diesen Schritt die Möglichkeit, die bislang als Honorarkraft tätigen Musiklehrkräfte fest anzustellen. Anfang 2017 habe es bereits erste Honorarerhöhungen gegeben. Allerdings müsse sich das Ressort selbstverständlich im Rahmen des beschlossenen Haushalts bewegen.

Zur Volkshochschule führt Bürgermeister Dr. Sieling aus, dass ab dem 1. Januar 2018 dieses Jahres ebenfalls die Honorare erhöht worden seien. Hier solle er zum Jahr 2020 einen nächsten Schritt mit einer weiteren Erhöhung geben, der nach 2020 nächste Schritte zunächst bis hin zu den angestrebten 31 € pro Unterrichtsstunde folgen sollen. Wann dies erreichbar sei, müsse ab 2020 besprochen werden. Im Gespräch am 15. Januar 2018 habe man auch über Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung für die Honorarkräfte gesprochen. Man wolle sich dabei am Berliner Modell orientieren. Politischer Wille sei es, so der Bürgermeister weiter, die Alterssicherung der Beschäftigten zu verbessern.

Frau Strunge erläutert den Antrag ihrer Fraktion zur Verbesserung der Lage für die Honorarkräfte. Dieser sei von der Bremischen Bürgerschaft an die Kulturdeputation überwiesen worden. Jahrelang habe es für die Honorarkräfte an beiden Einrichtungen keine Erhöhung des Entgelts gegeben, im Herbst 2017 seien dann die Honorare für die Kursleiter der VHS auf 20,50 Euro und die der Honorarkräfte der Musikschule auf 24 Euro erhöht worden. Der vorliegende Antrag fordere eine deutliche Erhöhung der Honorare in einem zweistufigen Verfahren um jeweils zweimal fünf Euro. Besonders sei darauf hinzuweisen, dass es sich bei den diskutierten Sätzen um Bruttohonorare inklusive Vor- und Nachbereitung handele, von denen auch noch die Sozialversicherung selbst bestritten werden müsse. Auf dieser Basis drohe den Beschäftigten Altersarmut. Daher müsse ein Konzept für mehr Festanstellungen entwickelt werden, ebenso wie eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Herr Kuckero vom Kursleiterrat der Volkshochschule führt aus, dass es zurzeit etwa eintausend Dozenten an der VHS gebe. Jedenfalls 90 Prozent von ihnen seien nebenberuflich als Kursleiter/innen tätig, nur bis ca. zehn Prozent hauptberuflich. Alle Honorarkräfte erhielten weder Urlaubsgeld, noch eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, sie hätten keinen Kündigungsschutz und keinen Tarifvertrag. Nach allen üblichen Abzügen bleibe unterm Strich vom Honorar nur noch rund ein Drittel übrig und somit ein Verdienst, der noch knapp unter dem Mindestlohn liege. Wären alle diese Kräfte fest angestellt, dann müssten sie eigentlich für jede Unterrichtsstunde

inklusive Vor- und Nachbereitung des Unterrichts 47 Euro je Stunde bekommen. Bislang werde jedoch die Zeit für die Vor- und Nachbereitung nicht mit berechnet. Besondere Sozialversicherungspflicht bestehe für freie Lehrkräfte, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil etwa für Renten- oder Krankenversicherung selbst aufbringen müssten. Ihm sei bewusst, dass nicht alle Forderungen des Kursleiterrats erfüllbar seien. Es sei aus seiner Sicht allerdings zu prüfen, Kursleitende in Angestelltenverhältnisse zu übernehmen.

Der Kursleiterrat habe mit Blick auf die bremische Haushaltslage Kompromisse geschlossen, da ihm eine für alle Beteiligten handhabbare Lösung wichtig sei. Allerdings bräuchte die Volkshochschule einen höheren städtischen Zuschuss, da die Finanzierung der Einrichtung auf dem nach seiner Auffassung veralteten Honorarmodell basiere. Er begrüße, dass jetzt eine erste Anhebung der Honorare 2020 und eine weitere Erhöhung – der Kursleiterrat fordere diese bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode 2023 – auf insgesamt 31 Euro avisiert worden sei, auch wenn diese noch unter Haushaltsvorbehalt stehen. Ein großes Anliegen seien ihm die Einigung über Zuschüsse zu Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und die Koppelung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Hier gebe es noch keine Einigung, er sei aber zuversichtlich, dass man am Ende zu einer guten Rahmenvereinbarung kommen werde.

Herr Dr. Mackeben führt aus, dass die Rahmenvereinbarung geeinte als auch noch weiter zu prüfende Punkte enthalten werde und dass derzeit Gespräche geführt würden. Die Behörde könne allerdings dem zukünftigen Haushaltsgesetzgeber nicht vorgreifen.

Herr Suhlrie, Sprecher der Honorarkräfte an der Musikschule Bremen, beschreibt kurz seinen eigenen Lebensweg, der ihn zur Arbeit im Musikbereich geführt habe. Er sei seit 2004 an der Musikschule Bremen als Instrumentallehrer und im Bereich Inklusion tätig, sei Musiker aus Überzeugung. Jedoch habe es seit 2002 an der Musikschule keine Honorarerhöhungen gegeben. An der Musikschule seien zurzeit etwa neunzig Personen tätig, viele von ihnen als sog. Aufstocker oder mit weiteren Nebenjobs. Es habe bereits Gespräche mit Bürgermeister Dr. Sieling und Staatsrätin Emigholz gegeben; da jedoch die Stadt in der Haushaltssanierung sei, gebe es seit einigen Jahren einen Einstellungsstopp an der Musikschule, so Herr Suhlrie. Er sei der Überzeugung, dass Musikschullehrer auch von ihrer Tätigkeit leben können müssten. Er wünsche sich eine rückwirkende Zahlung von fünf Euro mehr je Stunde ab dem 1. Januar 2018, sowie eine weitere Anhebung des Honorars zum Jahre 2019. Er begrüße die Rekommunalisierung der Musikschule, allerdings müsse hier auf zwei Ebenen agiert werden: Eine Reihe der Lehrkräfte strebe eine Festanstellung an, andere wiederum würden gern weiter freiberuflich tätig bleiben. Er werbe um eine ganzjährige Bezahlung der Lehrkräfte, da man von dem geringen Bruttolohn kaum noch etwas sparen könne, ebenso wie für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Frau Staatsrätin Emigholz bedankt sich bei den Vortragenden der Volkshochschule und der Musikschule. Die Strukturen von Musikschule und Volkshochschule seien nicht vergleichbar, aber es gelte, dem hohen Sachverstand und dem großen Engagement in beiden Einrichtungen Rechnung zu tragen. Es sei zu hinterfragen, ob es der richtige Weg gewesen sei, die Musikschule in einen Eigenbetrieb zu verwandeln. Der Vorschlag seitens der Kulturbehörde für den kommenden Betriebsausschuss sei es, die Musikschule in eine nachgeordnete Dienststelle zu rekommunalisieren und in diesem Rahmen die Musikschullehrer/innen fest anzustellen, wenn sie wollen. Dies nütze der Wahrheit und Klarheit in Bezug auf die Arbeitsstrukturen. Sowohl die

Volkshochschule als auch die Musikschule trügen in hohem Maße zum kulturellen Leben und zu einem Gelingen der Integration in Bremen bei.

Frau Strunge betont, sie sei zum Teil sehr zufrieden mit der Vorlage, begrüße Gespräche zwischen den Betroffenen von Volkshochschule und Musikschule mit dem Bürgermeister. Sie begrüße die angestrebte Festanstellung aller Honorarkräfte der Musikschule ab 2020. Dies sei ein deutlicher Kurswechsel, für den Sie sich beim Bürgermeister bedanke. Zu kritisieren sei jedoch, dass anscheinend keine Honorarerhöhungen für die Jahre 2018 / 2019 bei der Volkshochschule und der Musikschule vorgesehen seien. Sie fände es kritisch, dass es in diesem Bereich also eine Nullrunde gebe, und auch vorgeschlagene Honorarerhöhungen an der VHS auf 25 Euro pro Stunde halte sie für zu gering. Sie fordere daher den Senator für Kultur auf, den Zuschuss der Volkshochschule so zu erhöhen, dass weitere Honoraranhebungen möglich seien. Zudem sei auch keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angedacht. Sie halte auch im Bereich der Volkshochschule die Festanstellungen für wichtig, diese seien jedoch laut Vorlage nicht vorgesehen. Für sie sei nicht nachvollziehbar, warum bei den Honorarkräften, bei denen eine arbeitnehmerähnliche Beschäftigung geprüft werde, nicht auch eine Festanstellung in Frage käme. Zusammenfassend bewerte sie die geplante Entwicklung bei der Musikschule als positiv, bei der Volkshochschule sehe sie weiteren deutlichen Nachbesserungsbedarf, denn für die große Mehrheit der Honorarkräfte ändere sich zu wenig und zu langsam.

Herr Drechsel weist darauf hin, dass sich seine Fraktion beim Beschlussvorschlag enthalten werde. Eine bessere Bezahlung der Honorarkräfte sei natürlich wünschenswert, aber es sei zu hinterfragen, ob dies auch finanzierbar sei. Zudem müsse jeder Mensch für sich selbst entscheiden, ob eine freiberufliche Tätigkeit oder eine Festanstellung angestrebt werde. Zur Umstrukturierung der Musikschule in eine nachgeordnete Dienststelle sei bisher kein Nachweis erbracht worden, dass dies wirtschaftlicher sei. Das Kernproblem der Musikschule sei für ihn die Wettbewerbsfähigkeit, nicht aber die administrativen Kosten. Seine Fraktion halte die Integration der Musikschule in die Volkshochschule für eine bessere Lösung. Dies trage zudem zu einer stärkeren Wirtschaftlichkeit des Betriebes bei.

Herr Dr. Mackeben merkt an, dass es in Bremen in großer Zahl private Musikschulanbieter gebe, und dass es für die Musikschule nur sehr begrenzt zulässig sei, mit diesen in Wettbewerb zu treten. Dies sei auch gerichtlich ausgeurteilt. Die staatliche Musikschule habe vorrangig andere Aufgaben.

Frau Dr. Schoefer, Direktorin der Volkshochschule, unterstreicht die vielfältigen Aufgaben und Funktionen ihrer Einrichtung im Bereich Weiterbildung. Die VHS sei ein zentraler Ort des lebenslangen Lernens und habe dabei eine andere gesellschaftliche Bedeutung als noch vor zwanzig Jahren. Frau Dr. Schöfer sieht dieses Thema daher eigentlich nicht in der Kulturdeputation angesiedelt, sondern eher im Bereich der Weiterbildung bzw. beim zuständigen Landesausschuss für Weiterbildung. Die Frage sei, wieviel der Gesellschaft lebenslanges Lernen wert sei. Das Problem bei einer Festanstellung aller Honorarkräfte sehe sie darin, dass sie allen Mitarbeitern, die sie fest an der VHS anstelle, eigentlich auch einen eigenen Arbeitsplatz anbieten müsse; dies könne die VHS jedoch leider nicht leisten. Es sei jedoch ein erster Schritt in die richtige Richtung, wenn die Honorare für die Kursleiter angehoben würden. Zur Frage der Wirtschaftlichkeit der Volkshochschule, die von Herrn Drechsel angesprochen wurde, sei jedoch auf die unter großen Anstrengungen erfolgreich durchgeführte Sanierung der VHS zu verweisen. Das Haus zeichne sich auch im Bundesvergleich durch eine hohe Wirtschaftlichkeit aus. Sie begrüße die avisierte

Honorarerhöhung. Während der Sanierungsphase sei dies nicht möglich gewesen. Sie begrüße es daher, dass sich das Kulturressort hier auf den Wege mache.

Frau Grobien dankt allen Beteiligten und merkt an, dass die Situation der Honorarkräfte nicht befriedigend und dieser Punkt nach wie vor offen sei. Sie verweist auf die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und merkt an, dass die hier vom Bürgermeister erzielten und zu erwartenden Mehreinnahmen augenscheinlich bereits mehrfach wieder ausgegeben seien. Daher nehme ihre Fraktion Punkt 1 der Vorlage zur Kenntnis und enthalte sich bei Punkt 2.

Herr Gottschalk betont, dass diese Verhältnisse für die Honorarkräfte so nicht zu belassen seien, Verbesserungen seien aber nur schrittweise möglich. Er begrüße vor allem Zuschüsse zu Sozialversicherungsleistungen und das gewählte Verfahren mit seiner klaren Perspektive. Zudem halte er die Einrichtung der Musikschule als nachgelagerte Dienststelle für richtig. Zum Beitrag von Frau Strunge sagt er, dass eine Honorarerhöhung für die Kräfte der Musikschule ab 2019 geprüft werden müsse und bei entsprechend positivem Ergebnis auch umzusetzen sei. Für die Volkshochschule sei er zuversichtlich, dass für die noch offenen Punkte eine Lösung gefunden werden könne.

Herr Dr. Hodonyi merkt an, dass seine Fraktion Honorarerhöhungen bei VHS und Musikschule schon immer unterstützt habe. Es gebe in Bremen drei Bundestagsabgeordnete, die Mitglied im Kulturausschuss des Bundestags seien. Er schlägt vor, gemeinsam mit diesen drei Abgeordneten einen bundesweiten Impuls aus Bremen in der Sache zu setzen.

Herr Kuckero sagt, er gehe von der Zielstellung einer Honorarerhöhung auf 31 Euro zum Ende der kommenden Legislaturperiode aus. Wichtig sei für die Kursleiter/innen der Volkshochschule Verlässlichkeit und eine echte Perspektive. Zwar sei das Argument der Haushaltsvorbehalte richtig, aber er wünsche sich eine politische Richtung seitens der Deputation.

Frau Chmielewski vom Kursleiterrat der VHS betont, dass viele Kolleg/innen von den Einnahmen als Honorarkraft bei der VHS wirtschaftlich leben und sich davon auch noch selber sozial versichern müssten. Deren Situation sei sehr schwierig und habe sich zu lange nicht ausreichend verändert. Sie beklagt, dass den Honorarkräften nach allen Abzügen nicht einmal der Mindestlohn bleibe und die Honorare einfach zu gering seien.

Frau De la Rosa vom Kursleiterrat der VHS dankt der Direktorin der VHS und der Deputation dafür, dass dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht worden sei. Es sei sehr wichtig, dass hier nach langer Zeit substanzielle Verbesserungen erzielt würden. Sie selbst sei Dank der großen Nachfrage nach Kursen für geflüchtete Menschen nun nicht mehr prekär beschäftigt.

Frau Staatsrätin Emigholz würdigt, dass Frau Dr. Schöfer zu Recht die gesellschaftliche Relevanz der Volkshochschule für im Bereich der Weiterbildung herausgearbeitet habe. Beispielhaft sei die vorbildliche Arbeit mit der hohen Anzahl von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 zu nennen. Der Senator für Kultur schlage vor, dem vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke nicht in dieser Form zuzustimmen, da das Kulturressort hier einen anderen Weg verfolge, etwa mit der Rekommunalisierung der Musikschule. Sie danke jedoch der Fraktion die Linke dafür, dass sie sich für dieses wichtige Thema eingesetzt habe. Gerichtet an Herrn Kuckero betont die Staatsrätin, dass der Senator für Kultur zur getroffenen Vereinbarung stehe und ein Stufenmodell erarbeiten wolle, aber natürlich zukünftigen Haushaltsberatungen nicht

vorgreifen könne. Die Bundesregierung habe gerade erst eine Studie zu den Beschäftigungsverhältnissen im Bereich Kultur in Auftrag gegeben. Es müsse ein möglichst breiter Konsens für eine gemeinsame Handlungsplattform erzielt werden.

Bürgermeister Dr. Carsten Sieling dankt zum Abschluss der Diskussion für das Engagement und die leidenschaftlichen Beiträge aller Beteiligten.

Zum Beschluss erklärt er, mit der rekommunalen Umwandlung der Musikschule und den Honorarerhöhungen an der Volkshochschule unternehme das Ressort nun aber erste Schritte zur Verbesserung der Situation der Betroffenen. Er stehe zur getroffenen Vereinbarung, und daher wolle er in der kommenden Legislaturperiode den Kulturhaushalt besser finanziell ausstatten und die politische Vereinbarung mit den Betroffenen umsetzen. Dies sei seine politische Linie. Er bitte die Deputierten um eine breite Zustimmung, da er das in der Vorlage dargelegte Vorgehen für richtig halte.

Die Deputation für Kultur beschließt einstimmig:

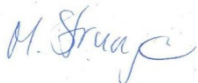
1. Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.
3. Die Deputation für Kultur bittet den Senator für Kultur, den an die Stadtbürgerschaft zu richtenden Bericht und Antrag über die Beratung der Deputation vom 17.04.2018 zum überwiesenen Antrag der Fraktion der LINKEN (Drucksache 19/514 S) zur nächsten Deputationssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Deputation für Kultur beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP und gegen die Stimme der Fraktion Die Linke:

2. Die Deputation für Kultur empfiehlt der Stadtbürgerschaft, den überwiesenen Antrag der Fraktion der LINKEN „Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern“ (Drucksache 19/514 S) in dieser Form abzulehnen.

TOP 4: Verschiedenes

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Frau Strunge schließt damit die Sitzung.



Sprecherin



Protokollführer

Teilnehmerliste

Städtische Deputation für Kultur

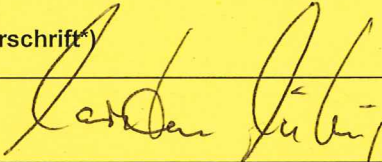
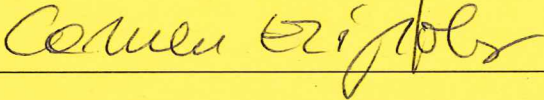
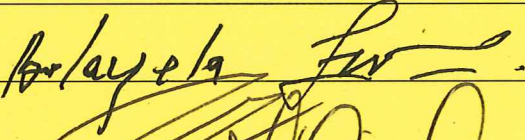

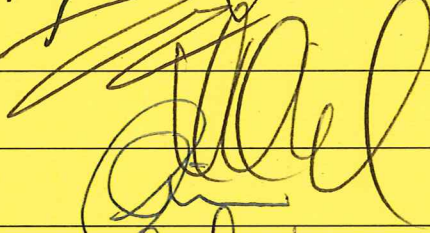

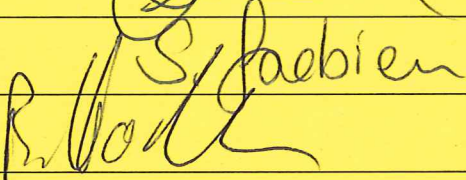
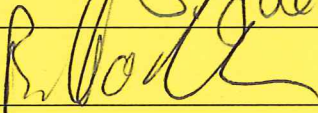
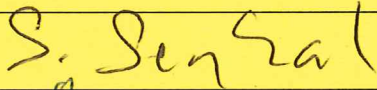
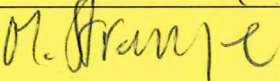
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort: Konsul-Hackfeld-Haus

am: 17. April 2018

von:

bis:

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von - bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz		
Elombo Bolayela		
Jens Crueger		
Ulf-Brün Drechsel		
Nima Pirooznia		
Susanne Grobien		
Dr. Robert Hodonyi		
Martin Michalik		
Claas Rohmeyer		
Sükrü Senkal		
Miriam Strunge		

*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.

**) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste
Sitzung am 17.04.2018

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Christian Kindscher		
Giuseppe Albani		
Andreas Müller		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name